# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfg.
Bei allen Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 18. März 1926 — Nummer 65


# Organisiert die Entscheidung!

**Weg mit der bankrotten Luther-Regierung! — Auflösung des Reichstages der Fürstenknechte! Festigt die Kampffront der Werktätigen! Gegen neue imperialistische Kriege das Bündnis mit der Sowjet-Republik!**

## Arbeiter, Angestellte und Beamte! Werktätige in Stadt und Land!

Mit jeder Steigerung der Aktivität ist das Volksbegehren zum Anschlag gekommen. Unter der Führung der Kommunistischen Partei, die den Kampf gegen den Fürstenraubzug organisiert hat, ist eine breite Volksbewegung entstanden.

**Millionen von sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, Angestellten und Beamten, Millionen des Mittelstandes und der werktätigen Bauern haben sich mit in die Kampffront gegen den Fürstenraubzug eingereiht.**

Unter dem von der KPD. organisierten Druck der sozialdemokratischen Arbeiter mußten sich die sozialdemokratischen Parteiführer dem Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung anschließen.

Die agitatorische und organisatorische Arbeit der Partei führte zu einer starken **Aktivisierung des Proletariats**, die nicht nur die Gegenpropaganda der Monarchisten zunichte machte, sondern auch Schichten des Mittelstandes und der Bauern, der Hinterhof der Bourgeoisie entriß und zum ersten Male seit langen Jahren die Voraussetzungen für die Herstellung der

**Kampfgemeinschaft der Arbeiterschaft mit breiten Massen der Mittelschichten und des Bauerntums**

schuf. Gegen den Willen der reformistischen Führer wurden in vielen Städten

**Einheitskomitees zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern**

gebildet. In vielen **Orten haben** sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, Mitglieder des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes **gemeinsam** demonstriert. Auf dem Boden entstanden in zahlreichen **Orten Einheitskomitees** zwischen Arbeitern und **werktätigen Bauern.**

Ein Ausdruck für das Herüberziehen breiter Mittelschichten und der an das Zentrum gebundenen Arbeiter sind die Zersetzungserscheinungen **in der Demokratischen Partei und im Zentrum**, die zur offenen **Rebellion großer Teile der Mitgliedschaft** gegen die Parteiinstanzen geführt haben.

Überall dort, wo sozialdemokratische Arbeiter mit kommunistischen Arbeitern in den **Einheitskomitees** sich auch die **organisatorische Basis** für die gemeinsame Kampfarbeit geschaffen haben, hat sich der Einfluß sowohl auf die noch an die bürgerlichen Parteien gebundenen Arbeiter, wie auch auf breite Massen der Mittelschichten und des Bauerntums mächtig ausgeweitet und vertieft.

Diese Erfahrung muß für den

**breiten und entscheidenden Teil der Kampagne gegen den Fürstenraubzug, für den Volksentscheid, wie überhaupt für die Arbeiterbewegung ausgewertet werden.**

20 Millionen Stimmen **müssen beim Volksentscheid aufgebracht werden.**

Dieser Erfolg ist gesichert, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter die Sabotage ihrer Führer vollständig brechen, wenn sie gegen den Kampf auch organisatorisch gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern führen.

Der große Erfolg des Proletariats unter der Führung der KPD. ist

**eine Niederlage der monarchistischen Reaktion und zugleich eine Kampfansage an die gesamte kapitalistische Gesellschaft.**

Die Kapitalisten spüren die große Gefahr, die die Aktivisierung der Arbeiterschaft und die Mobilisierung breiter Mittelschichten und großer Teile des Bauerntums für sie bedeuten. Die engere Solidarisierung der Luther-Regierung mit der monarchistischen Reaktion, der verzweifelte Versuch der bürgerlichen Mittelparteien, durch ein faules Kompromiß ihre Anhänger zusammenzuhalten, zeigt, daß die Bourgeoisie die Gefahr begriffen hat.

Schon werden die

**Vorbereitungen zu einer schärferen Unterdrückung des Proletariats**

getroffen. Die Versuche des Reichsinnenministeriums, mit aller Gewalt Unterlagen **für ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes** herbeizuschaffen, **sind die ersten Anzeichen** für die Antwort der Bourgeoisie **auf den großen politischen Erfolg des Proletariats.**

Diese drohende **Gefahr kann nur abgewehrt werden durch eine noch größere Aktivität der Arbeiterschaft, durch einen festen Zusammenschluß der sozialdemokratischen mit den kommunistischen Arbeitern, durch eine noch intensivere Tätigkeit zur Herüberziehung der Mittelschichten und des Bauerntums an die Seite des Arbeiterschaft.**

**Das Ergebnis des Volksbegehrens ist aber auch eine schwere Niederlage der reaktionären Luther-Regierung.**

Die Millionen Stimmen, die im Volksbegehren gegen die Luther-Regierung abgegeben wurden, sind [illegible]

maltige Demonstration gegen die Republik der Großkapitalisten und ihrer Agenten, gegen die Republik der Klassenjustiz und der Fememörder — **für die Republik der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung und Herrschaft des Proletariats.**

Sie sind ein flammender Protest gegen die arbeiterfeindliche Innenpolitik und bankrotte Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie.

**Die Katastrophe in Genf** ist der faktische Zusammenbruch des sogenannten Völkerbundes, der Illusionen über die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung der kapitalistischen Staaten untereinander. An dem Gegensatz zwischen den imperialistischen Staaten ist die Aufnahme Deutschlands trotz der demütigen Haltung der Luther und Stresemann gegenüber Chamberlain und Briand gescheitert.

**Mit der Katastrophe in Genf ist zugleich der Locarnopakt erledigt. Der „Geist von Locarno" hat sich in ein Nichts aufgelöst.**

Die Ereignisse in Genf offenbaren die neuen furchtbaren Zuspitzungen der Beziehungen der imperialistischen Mächte untereinander und signalisieren die Gefahr eines neuen Krieges.

**Die Politik der Luther- und Stresemann ist nichts anderes als die Verteidigung Deutschlands in diesem Krieg.**

Gegen diese drohende Gefahr muß die gesamte Arbeiterklasse, müssen die Werktätigen in Stadt und Land Front machen. Es gibt nur eine Möglichkeit der Sicherung des Friedens, das ist das

**Bündnis des Deutschlands der Arbeiter und Bauern mit dem einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt, mit Sowjet-Rußland.**

Die Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter im Bündnis mit den Mittelschichten und Bauern muß gefestigt werden im Interesse der Durchführung des Volksbegehrens und zur

**Sicherung des Willens der breiten Volksmassen gegen den reaktionären Reichstag und die monarchistische Luther-Regierung.**

Deshalb muß die Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter ihr politisches Ziel verbreitern; sie muß fordern:

**Sturz der reaktionären Regierung Luther Auflösung des Reichstages!**

Das glänzende Ergebnis des Volksbegehrens — trotz unzureichender gemeinsamer Aktionen, trotz der Sabotage der SPD.-Führung — zeigt, welche Kraft das Proletariat darstellt. Diese unüberwindliche Kraftentfaltung muß sich auch in den **wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterschaft** und aller Werktätigen in Stadt und Land Geltung verschaffen.

Millionen hungern in Deutschland. Das Riesenheer der Arbeitslosen, die Opfer des Krieges und der Arbeit sind völliger Verelendung preisgegeben. Die Wirtschaftskrise mit ihren für das Gesamtproletariat, für die Mittelschichten und werktätigen Bauern unerträglichen Erscheinungen geht weiter. Und schon rüsten die Kapitalisten zu einem neuen Anschlag auf die Lebenshaltung der Werktätigen in Stadt und Land. Die Ausplünderung und Verelendung der kleinen und mittleren Bauern nimmt immer schärfere Formen an.

**Die Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter wird imstande sein, den Ansturm der Kapitalisten abzuschlagen; sie wird imstande sein, die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß oder eine ausreichende Unterstützung zu erzwingen.**

Aus diesem Grunde ruft die Kommunistische Partei die sozialdemokratischen Arbeiter und alle Arbeiter auf, die

**Demonstration am 23. März**

zu einer großen Solidaritätsaktion mit den Millionen Erwerbslosen und zum Auftakt einer zweiten gesteigerten Phase der einheitlichen Kampfführung zu machen und schon jetzt die Vorbereitungen für den

**geschlossenen Aufmarsch aller Proletarier am 1. Mai**

zu treffen. Nachdem in der Fürstenkampagne sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter gemeinsam gewirkt haben, muß es möglich gemacht werden, daß am 1. Mai die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter nicht getrennt aufmarschieren, die geschlossene Front der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter wird die Millionen parteiloser und schwankender Arbeiter mit sich reißen und zum erstenmal seit den Tagen des Kapp-Putsches wieder die

**Einheit des gesamten deutschen Proletariats herstellen.**

Das Volksbegehren zeigt die deutsche Arbeiterschaft im Vormarsch! Jetzt gilt es, diesen Vormarsch zu beschleunigen durch die Herstellung einer wirklichen Einheitsfront

**für die Durchführung des Volksentscheids,**
**für die Abwehr der Unternehmeroffensive,**
**für die Durchsetzung der Forderungen der Erwerbslosen,**
**für die Niederringung der monarchistischen Reaktion in der Verwaltung, in der Justiz, in der Reichswehr und bei der Polizei,**
**für die Befreiung der politischen Gefangenen,**
**für den Sturz der reaktionären Regierung Luther,**
**für die Auflösung des Reichstages,**
**für eine Arbeiter- und Bauernregierung,**
**für das Bündnis mit Sowjet-Rußland!**

**Zentralkomitee der KPD.**
Sektion der 3. Internationale.

# „Diplomatischer Trümmerhaufen" in Genf

Von Ernst Reinhardt.

„Einstweilen steht man vor einem diplomatischen Trümmerhaufen." „Vorwärts" (17. März).

Entgegen allen vorsichtigen Abschätzungen zeigten sich die wachsenden imperialistischen Gegensätze so stark, daß sie zur **offenen** Sprengung der Völkerbundsverhandlungen führten. Deutschland kann nicht in den Völkerbund aufgenommen werden. Was mit dem Pomp der großen Friedensworte von Locarno eingeleitet wurde, ist kläglich — so unsagbar kläglich! — gescheitert. Luther und Stresemann müssen ohne Völkerbundsratssitz, und ohne überhaupt Deutschlands Völkerbundsmitgliedschaft mitzubringen, nach Berlin zurückkehren. Alle Bereitschaft zur weitgehendsten Unterwerfung (im Sinne und zu Nutzen der englischen Imperialisten natürlich) half ihnen nichts.

Die Presse schreibt: „Brasilien hat die Genfer Tagung gesprengt. Die unverschämte Forderung Brasiliens auf einen Ratssitz!" Dieses Geschrei ist etwas zu laut, um selbst dem harmlosesten Leser verdächtig zu sein. Der „Herr aus Brasilien" (mit dem klangvollen Namen Mello Franco) hat die Völkerbundsversammlung gesprengt? Seit wann und aus welchen Interessen befindet sich ausgerechnet Brasilien in einem solch scharfen Gegensatz zu Deutschland? Diese zweite Frage führt schon nahe an die Ursachen des Genfer Völkerbundsfiaskos heran.

Hören wir doch einige Andeutungen, die — trotz des Geschreis gegen Brasilien — in der Presse zu lesen sind. So brachtet der Genfer „Vorwärts"-Berichterstatter:

„Ist die brasilianische Haltung wirklich der einzige Grund der Vertagung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund? Jedenfalls in den Kreisen der anderen Delegationen, daß noch allerhand andere Gründe im Hintergrund stehen konnten."

Der „Vorwärts"-Berichterstatter erklärt ferner:

„In der offiziellen Erklärung, die diesem Kommuniqué gegeben wurde, beschränkte man sich darauf, auf den brasilianischen Standpunkt hinzuweisen, und lehnte entschieden jede weitere Anspielung ab. Dennoch hat man das Gefühl, daß hier **etwas nicht stimmt** und absichtlich **etwas im Dunkeln gelassen wird.**"

Augenscheinlich will der „Vorwärts" die wahren Zusammenhänge vor den Arbeitern im Dunkeln lassen und gibt daher nur diese halben Andeutungen. Deutlicher aber wird dafür die „Tägliche Rundschau", das Blatt des Außenministers Stresemann. Es schreibt:

„Das Veto Brasiliens gegen die Aufnahme Deutschlands wäre die unmittelbare Ursache für den kläglichen Mißerfolg der Genfer Tagung, die **eigentliche Ursache** aber wäre die **französisch-polnische Politik.**"

Die „Tägliche Rundschau" hätte, wäre sie nicht die Sprecherin der englisch orientierten Vasallenpolitik Stresemanns, schreiben müssen, daß sowohl die **Politik des englischen wie des französischen Imperialismus** die „eigentliche Ursache" des Genfer Völkerbundsfiaskos ist. Die kleineren Staaten, die mit Forderungen in Genf auftreten, waren von ihnen inspiriert und direkt als imperialistische Sturmböcke gegeneinander vorbereitet.

Der Ausgangspunkt dieser Genfer Sprengung war der Pakt von Locarno, der das „heraufbrechende Friedenszeitalter" einleiten sollte. An seinem Beispiel zeigt sich klassisch und so klar wie kaum zuvor, daß jedes **Kompromiß zwischen** den widerstreitenden imperialistischen Mächtegruppen nach